



Protokoll der 34. Sitzung des Einwohnerrates

vom 16. Januar 2008, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Adrian Mächler, Hanspeter Stoll

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahl in den Musikschulrat ://: Urban Rieger gemäss Vorschlag der SP-Fraktion gewählt.	2008/191
2. Bericht des Stadtrats betreffend Quartierplan Bahnhofareal 2 ://: An die BPK überwiesen.	2007/180
3. Bericht des Stadtrats betreffend Gemeindeordnung: Teilrevision / Genehmigung ://: An die GoR überwiesen.	2007/190
4. Berichte des Stadtrats und der Bau- und Planungskommission betreffend Schulanlage Fraumatt, Renovation: Kreditbewilligung ://: Renovationskredit von CHF 2,8 Mio. genehmigt.	2007/183 2007/183a
5. Bericht des Stadtrats betreffend Soziale Dienste Liestal – Strategie und Kennzahlenvergleich für die kommenden Jahre ://: Zur Kenntnis genommen.	2007/181
6. Bericht des Stadtrats zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplätze ://: Stadträtlicher Antrag, die Entscheide des Kantons abzuwarten, genehmigt. ://: Postulat nicht abgeschrieben.	2006/121 2006/121b
7. Postulat von Peter Schmied namens der SP-Fraktion betreffend Förderung der Gewerbestadt Liestal ://: Nicht an den Stadtrat überwiesen.	2007/158
8. Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung ://: An den Stadtrat überwiesen.	2007/162
9. Postulat von Marie-Theres Beeler namens der Grünen Fraktion betreffend Schaffung eines umweltverträglichen Reglements zur Parkraumgestaltung ://: Nicht an den Stadtrat überwiesen.	2007/170
10. Postulat von Erika Eichenberger und Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend Solardächer für Liestal ://: An den Stadtrat überwiesen. ://: Postulat abgeschrieben.	2007/172

- | | | |
|-----|---|-----------|
| 11. | Postulat von Ernst Burkhardt namens der SP Liestal betreffend „100 So-
lardächer in 18 Monaten“
://: An den Stadtrat überwiesen.
://: Postulat abgeschrieben. | 2007/174 |
| 12. | Motion von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion und Hanspeter
Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend kundenfreundli-
ches Parkieren im Stedtli
Verlagt. | 2007/173a |
| 13. | Postulat von Paul Finkbeiner und Hanspeter Meyer namens der
SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Uni-Campus in Liestal
Verlagt. | 2007/179 |
| 14. | Überparteiliches Postulat der Bau- und Planungskommission gegen Be-
sucher- und Kundenrückgang durch Baustellen
Verlagt. | 2007/186 |
| 15. | Motion der interfraktionellen einwohnerrätlichen Integrationsgruppe
betreffend Schaffung eines Partizipations-Reglements
Verlagt. | 2007/187 |
| 16. | Motion von Hans Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion
betreffend dringende Sanierung der Turnhalle „Rotacker alt oben“
Verlagt. | 2007/188 |
| 17. | Fragestunde | |

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Januar-Einwohnerratssitzung.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 31. Oktober 2007

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Infolge Überlastung in der Verwaltung haben die Einwohnerrats-Mitglieder die Protokolle der Einwohnerrats-Sitzungen vom 21. November 2007 und 12. Dezember 2007 erst vor wenigen Tagen erhalten. Das Büro wird diese Protokolle an seiner nächsten Sitzung genehmigen.
- Seit einiger Zeit sind die Original-Pläne, die zu Einwohnerrats-Vorlagen gehören, auf dem Stadtbauamt einsehbar. Das Büro bittet das Stadtbauamt, zur alten Praxis zurückzukehren und die Pläne wieder im Lichthof des Rathauses aufzuhängen, weil so der Zugang für Interessierte einfacher ist.

Als **Stimmenzählerinnen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|-------------------------|------------------------------|
| - Astrid Basler | Seite FDP |
| - Elisabeth Augstburger | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Regula Nebiker | Mitte, Büro |

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion zur Mobilfunk-Überwachung (Nr. 2008/192);
- Interpellation von Markus Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend ISO-Zertifizierung der Stadt Liestal (Nr. 2008/193);
- Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal (Nr. 2008/194);
- Interpellation von Daniel Spinnler, FDP-Fraktion, und Philipp Senn, SP-Fraktion, betreffend Subventionen Steinenbrüggli (Nr. 2008/195).

Mitteilungen des Stadtrates

Es erfolgen keine Mitteilungen.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) informiert, die Traktanden Nr. 10 (Postulat betreffend Solardächer für Liestal, Nr. 2007/172) und Nr. 11 (Postulat betreffend „100 Solar-dächer in 18 Monaten“, Nr. 2007/174) würden zusammen beraten. Dies habe der Einwohner-rat bereits an einer früheren Sitzung entschieden.

272 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Ersatzwahl in den Musikschulrat (Nr. 2008/191)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Wegen Verlegung seines Wohnsitzes hat Herr Beat Hofstetter den Rücktritt als Schulrat der Regionalen Musikschule Liestal bekannt gegeben. Die Fraktionspräsidien des Einwohnerrats wurden darüber informiert, dass von der SP ein Vorschlag für die Nachfolge von Herrn Beat Hofstetter für die restliche Amtsperiode vom 01.01.2008 – 31.07.2008 vorliegt. Auf die Umfrage bei den Fraktionspräsidien und die Publikation im „Liestal aktuell“ sind dem Einwohneratssekretariat keine weiteren Wahlvorschläge unterbreitet worden.

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Gemäss Vorschlag der SP Liestal wird Herr Urban Rieger, Allmendstrasse 3, 4410 Liestal, für die restliche Amtsperiode vom 01. Januar 2008 bis 31. Juli 2008 als Musikschulrat gewählt.

Regula Nebiker (SP) meint, die SP Liestal stelle mit Urban Rieger einen sehr kompetenten Kandidaten vor. Aufgrund seiner umfassenden Erfahrung könne er viel in den Musikschulrat einbringen. Urban Rieger sei seit dem Jahr 2000 Musiklehrer am Gymnasium Bäumlhof in Basel. Er sei im Vorstand des Schweizerischen Verbands für Schulmusik aktiv. Seit Mitte 2007 wirke er als Fachexperte für Schulmusik im Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt. Als solcher bearbeite er Anliegen über alle Schulstufen und stelle den Wissenstransfer in fachlicher, didaktischer und bildungspolitischer Hinsicht in die Basler Schulen sicher. Urban Rieger wohne mit seiner Familie im Rosenquartier.

://: Urban Rieger wird einstimmig in den Musikschulrat gewählt.

273 B.1.3.2. Ortsplanung: Überbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne
2. Bericht des Stadtrats betreffend Quartierplan Bahnhofareal 2 (Nr. 2007/180)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammenfassend folgendermassen:

Der Quartierplan Bahnhofareal 2 basiert auf dem städtebaulichen Konzept *eurocity*, dem Siegerprojekt des Wettbewerbs über das Bahnhofareal Liestal. Der Einwohnerrat stimmte am 24. September 2003 diesem Konzept und der Erarbeitung von Quartierplänen zu. Der jetzt vorliegende Quartierplan 2 lehnt sich an den bereits genehmigten Quartierplan 1 an. Der Quartierplan 2 regelt im Wesentlichen die Neugestaltung des Bushofs, 2. Etappe, sowie die Nutzung und Gestaltung der drei geplanten Geschäftshäuser. Auf der Planungsgrundlage des vorliegenden Quartierplans beabsichtigen die privaten Grundeigentümer sowie der Kanton, ab 2010/2011 die Geschäftshäuser zu realisieren. Für die Erstellung des Bushofs wird dem Einwohnerrat zu gegebenem Zeitpunkt eine separate Projekt- und Kreditvorlage unterbreitet.

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Der Einwohnerrat beschliesst den Quartierplan Bahnhofareal 2, bestehend aus:

- Situationsplan 1 : 500;
- Reglement mit den Anhängen 1 bis 5.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, das Büro beantrage die Überweisung des Geschäfts an die Bau- und Planungskommission.

://: Der Bericht des Stadtrats betreffend Quartierplan Bahnhofareal 2 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen.

274 G.2.C. Gemeindeorganisation und Verwaltung - Vorschriften, Reglemente
3. Bericht des Stadtrats betreffend Gemeindeordnung: Teilrevision /
Genehmigung (Nr. 2007/190)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Die Sozialhilfebehörde regte an, dass die Mitglieder der Sozialhilfebehörde künftig vom Einwohnerrat und nicht mehr durch die Urne bestimmt werden. Der Stadtrat empfiehlt, künftig von einer zwingenden Vertretung des Stadtrats im Musikschulrat abzusehen. Aufgrund der Reduktion der Anzahl Aussenwahlbüros schlägt er ausserdem vor, die Anzahl Mitglieder des Wahlbüros von 35 auf 25 herabzusetzen. Weitere Änderungen betreffen die nicht mehr bestehende Kindergartenkommission und die Feuerwehrkommission, die seit dem 01.07.2000 keine behördlichen Befugnisse mehr besitzt.

Änderungen der Gemeindeordnung unterliegen dem obligatorischen Referendum. Änderungen hinsichtlich der Behördenorganisation und des Wahlverfahrens können nur auf eine neue Amtsperiode hin eingeführt werden und sind spätestens sechs Monate vor deren Beginn zu beschliessen. Die Änderungen hinsichtlich des Wahlbüros und des Musikschulrats werden somit auf die Amtsperiode ab 01.07.2012 bzw. 01.08.2012 wirksam. Die Änderungen betreffend des Wahlverfahrens der Sozialhilfebehörde hingegen können voraussichtlich rechtzeitig auf die nächste Amtsperiode (01.01.2009 – 31.12.2012) durch die Urne an den Abstimmungswochenenden vom 24.02.2008 oder 24.06.2008 verabschiedet werden.

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Die vorgeschlagenen Änderungen der Gemeindeordnung werden beschlossen (Details siehe Vorlage Nr. 2007/190).

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) teilt mit, das Büro beantrage die Überweisung des Geschäfts an die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente.

://: Der Bericht des Stadtrats betreffend Gemeindeordnung / Teilrevision wird einstimmig an die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) überwiesen.

275 L.2.2.3. Gemeindeliegenschaften und Grundstücke: Schulbauten, Turn- und Sportanlagen, Spielplätze, Sport- und Volksbad Gitterli AG

4. Berichte des Stadtrats und der Bau- und Planungskommission betreffend Schulanlage Fraumatt, Renovation: Kreditbewilligung (Nr. 2007/183)

Die Bau- und Planungskommission hält in ihrem Bericht zusammengefasst Folgendes fest:

Die aus dem Jahre 1967 stammende Schulanlage Fraumatt wurde in der Vergangenheit in kleinen Schritten saniert. Nun soll die Anlage einer umfassenden Renovation unterzogen werden. Diese wird in 2 Etappen ausgeführt (2008: Hauptgebäude, 2009: Turnhalle).

Die BPK liess sich anlässlich eines Augenscheins vor Ort von der Projektleitung anhand von Konzeptplänen im Detail informieren. Zudem wurde seitens der Schulleitung der Raumbedarf geplanter Bildungsreformen aufgezeigt. In der anschliessenden Diskussion standen dementsprechend zwei Hauptpunkte zur Debatte, nämlich a) die baulichen Aspekte resp. das Raumkonzept und b) die Auswirkungen der Bildungsreformen.

Die Kommission stimmt der Renovation einstimmig zu.

Der Antrag der BPK lautet:

Der Einwohnerrat stimmt der Renovation der Schulanlage Fraumatt zu und bewilligt den dafür notwendigen Renovationskredit in der Höhe von CHF 2,8 Mio.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) führt aus, es sei unbestritten, dass das 40 Jahre alte Fraumattschulhaus - trotz wiederholter kleinerer Sanierungen - nicht mehr den heutigen Erfordernissen entspreche. Der Standort sei unbestritten. Das Fraumatt-Quartier sei das bevölkerungsreichste Aussenquartier Liestals. Deshalb sei der Zeitpunkt für eine umfassende Renovation der Schulanlage gekommen. Die Kommission habe sich sowohl mit den baulichen Aspekten als auch mit der Funktionalität im Hinblick auf die sich rasch ändernden Formen im Bildungswesen befasst. Die Vorlage sei seriös ausgearbeitet und basiere auf einer realistischen Grundlage. Mit der Sanierung liessen sich die optimalen Möglichkeiten eines Umbaus herausholen. Die Details finde man im Kommissionsbericht. Es seien grosse Raumreserven vorhanden. Die BPK vertraue darauf, dass der Stadtrat dafür die richtigen Lösungen finde. Zu den speziellen Wünschen der BPK gehöre die Entflechtung des Auto-, Velo- und Fussgängerverkehrs im Bereich der Signalanlage an der Fraumattstrasse. Hier sei dringend zu handeln. Der Stadtrat habe zugesichert, dass er ein besonderes Augenmerk darauf haben werde. Ein weiteres Thema sei die Parkplatzsituation. Die BPK hoffe auf eine vernünftige Lösung. Vor allem die Benutzung des Platzes am Abend sei zu berücksichtigen. Dabei sei wichtig, die Nachbarliegenschaften miteinzubeziehen, um eine Lösung zu finden, mit der alle leben könnten. Er bitte im Namen der BPK um die Genehmigung des Kredits von CHF 2,8 Millionen.

Stadtrat Ruedi Riesen sagt, er danke der BPK für die effiziente Bearbeitung des Geschäfts. Die Wünsche der BPK seien ihm Befehl. Die Parkfelder sollten im Verkehrsbereich liegen. Er danke für die Anregungen.

Regina Vogt (FDP) berichtet, als Mitglied der BPK habe sie auf einem Rundgang Gelegenheit gehabt, einen Einblick in die Anlage zu erhalten. Sie sei von der grosszügigen Architektur beeindruckt gewesen. Es handle sich um eine ansprechende Schulanlage in schöner Gartenumgebung. Die BPK unterstütze die Werterhaltung und das geplante Raumkonzept. Die FDP-Fraktion stimme dem Antrag zu.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) ergänzt, am 17. Dezember 2007 habe die BPK einen Augenschein vor Ort genommen. Auf verschiedene Fragen habe sie plausible Antworten erhalten. Vielleicht könne man später im Schulhaus ein Kellertheater einrichten. Auch seine Fraktion stimme der Renovation einstimmig zu.

Jürg Holinger (GL) teilt mit, die Grünen unterstützten den Antrag der Stadt ebenfalls. Seine Fraktion sei überzeugt davon, dass die Renovation eine gute Sache sei. Die Entflechtung von Schulweg und Parkplätzen sei wichtig. Es sei zu berücksichtigen, dass der Sichtschutz von der Wiese aus zur Fraumattstrasse erhalten bleibe.

Ernst Gebhard (Fraumättler) betont, er vermisse immer noch die Energie-Einsparungen sowie eine Skizze zum Lifteinbau. Auch ein Lift brauche Energie, er werde aber selten benötigt. Im Weiteren vermisse er die Sanierung des Pausenplatzes. Die Parkplatzmisere sei angesprochen worden. Parkfelder auf dem Pausenplatz seien nicht erwünscht. Lieber solle man Spielfelder einzeichnen. Er sei aber grundsätzlich zufrieden damit, dass man Geld für die Sanierung in die Hand nehme. Schade sei, dass das Gebäude nicht isoliert werde. Er hoffe, dass der Geräteboden in der Turnhalle saniert werde. Auch er werde dem Antrag zustimmen.

Philipp Senn (SP) äussert, die SP-Fraktion danke für den Kommissionsbericht. Er fasse die Debatte in der BPK gut zusammen. Man werde der Bildungsreform gerecht. Was vorgesehen sei, könne heute und später genutzt werden. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Sie habe die Energiefrage eingehend diskutiert. Die Idee des Lifts sei, das Schulhaus behindertengerecht zu erschliessen. Dank dem Lift könnten auch Reinigungsarbeiten vereinfacht werden. Das Austauschen der Fenster sei zur Debatte gestanden. Sie hätten aber noch eine Lebensdauer von zehn bis 15 Jahren. So habe man eine vertretbare Gesamtlösung.

://: Der Renovationskredit von CHF 2,8 Mio. wird einstimmig genehmigt.

276 F.5.2.1. Fürsorgetätigkeit, Sozialdienst, Süchtige: Allgemeine Akten

5. Bericht des Stadtrats betreffend Soziale Dienste Liestal – Strategie und Kennzahlenvergleich für die kommenden Jahre (Nr. 2007/181)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

2007 haben die Sozialen Dienste der Stadt Liestal zum zweiten Mal am Kennzahlenvergleich mit verschiedenen Baselbieter Gemeinden und der Stadtgemeinde Riehen teilgenommen. Aus Sicht des Stadtrats und des Departements Soziales geben sie kaum Hinweise auf ein mögliches Verbesserungspotenzial der Sozialen Dienste hinsichtlich Strategie, Organisation und Arbeitsweise. Es hat sich gezeigt, dass Vergleiche von globalen Kennzahlen, meistens pro Einwohner, keine grosse Aussagekraft haben, um die lokale Situation besser zu verstehen und Möglichkeiten der Optimierung zu erkennen. Der Stadtrat hat deshalb beschlossen, auf die Teilnahme an weiteren Kennzahlenvergleichen in den Folgejahren zu verzichten.

Die Strategie der Sozialen Dienste der Stadt Liestal,

- betroffene Personen von der Sozialhilfe abzulösen,
- betroffene Personen in den primären Arbeitsmarkt zu vermitteln
- und betroffene Personen sozial zu integrieren,

soll mit den in der Vorlage aufgezeigten Massnahmen, die bereits im Entwicklungsplan enthalten sind, zügig umgesetzt werden. Damit wird den Herausforderungen der Sozialhilfe in den kommenden Jahren adäquat begegnet.

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Der Einwohnerrat nimmt von der Strategie der Sozialen Dienste und den entsprechenden Massnahmen zustimmend Kenntnis.

Stadtpräsidentin Regula Gysin legt dar, die Stadt habe erstmals 2006 an diesem Kennzahlenvergleich teilgenommen. Der Bericht sei damals ohne Kommentar an den Einwohnerrat gegangen. 2007 sei der nächste Bericht gekommen. Alle am Vergleich teilnehmenden Gemeinden hätten beschlossen, gemeindeintern Zahlenmaterial zur Verfügung zu stellen. Sie meine, zu Zahlen gehörten Sätze. Deshalb habe sie das Büro des Einwohnerrats gebeten, ihr die Möglichkeit einer Orientierung im Einwohnerrat einzuräumen. Darauf habe das Büro dem Stadtrat vorgeschlagen, eine Vorlage auszuarbeiten. Die Absicht des Stadtrats mit dieser Vorlage sei, seine Strategie darzulegen statt nur Zahlen zu präsentieren.

Ernst Gebhard (Fraumättler) sagt, er vermisse die Umsetzung von Bildungsmassnahmen bei Jugendlichen. Die Stadtverwaltung bilde Betriebsfachleute aus. Noch nie sei einer aus Liestal gewesen. Man solle bei den Lehrstellen auch Liestaler berücksichtigen. Auch Arbeitslose, die eingesetzt würden, kämen oft nicht aus Liestal. Er würde gerne wissen, weshalb man das so handhabe.

Walter Leimgruber (SP) führt aus, in der SP-Fraktion habe man sich gefragt, was der Stellenwert des Berichts sei. Der Kennzahlenvergleich sei tatsächlich nicht sehr nützlich. Jede Gemeinde organisiere ihren Sozialdienst anders. Deswegen habe seine Fraktion Verständnis dafür, dass man den Vergleich nicht mehr durchführe. Man habe sich aber gefragt, ob das die ganze Strategie sei. Er wisse, dass die Stadt mehr mache. Für ihn sei nicht klar, ob das Case Management vollständig eingeführt sei. Seine Fraktion begrüsse die Verstärkung der Eingliederungsmassnahmen. Beim Lesen der Vorlage habe er sich gefragt, ob man den Punkt „Berufliche Eingliederung“ nicht mit dem Punkt „Zusammenarbeit mit dem Gewerbe“

verknüpfen könne. Die Mitglieder seiner Fraktion würden sich sehr freuen, wenn das Projekt Velostation verwirklicht würde. Zu untersuchen sei, ob das Subsidiaritäts-Prinzip beim Coaching wirklich in allen Fällen notwendig sei. Für bedeutsam halte er die weitergehenden Massnahmen. Man müsse beim Kanton vorstellig werden, um mehr Unterstützung zu erhalten. Bildungspolitische Massnahmen unterstütze er sehr. Eine frühe Erfassung von potentiellen Sozialhilfebezügern lohne sich.

Markus Meyer (SVP/CVP/EVP) äussert, seine Fraktion stimme dem Bericht grundsätzlich zu. Es mache Sinn, nicht nur Statistiken vorzulegen. Man kenne die eigene Situation und wisse, dass man nur beschränkt eingreifen könne. Als ehemaliges Mitglied der Behörde bringe er auch einige persönliche Bemerkungen an. Es finde es einerseits gut, wenn die Stadt das Gewerbe einbeziehe. Andererseits solle die Stadt aber auch Ausschreibungen mit realen Vergaberichtlinien machen. Wenn die Vernehmlassung zum Finanzausgleich komme, müsse der Stadtrat betreffend Lastenausgleich in der Sozialhilfe intervenieren. Am Bericht finde er nicht gut, dass man das Sozialamt als Nicht-Kompetenzzentrum betitle. Man sei auf das Amt angewiesen. Das Augenmerk sei weiterhin auf die interne Kontrolle zu richten. Dort sei ein gewisses Sparpotential vorhanden.

Nils Henn (FDP) meint, die Ablösung von der Sozialhilfe sei das A und O. Die persönliche Betreuung sei wichtig. Betreffend Case Management hoffe seine Fraktion, dass es durchgehend eingesetzt werde. Bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt habe man sich bisher auf die Ausbildung der Klienten konzentriert. Der Vergleich zeige, dass andere Gemeinden mehr machen würden. Durch die Budgetanpassungen für 2008 setze sich nun auch Liestal mehr ein und schöpfe die Massnahmen aus, die am Markt erhältlich seien. Das Subsidiaritäts-Coaching sei ein sinnvoller Ansatz. Vielleicht könne die Stadt diese Aufgabe irgendwann selbst erfüllen. Beim Lastenausgleich innerhalb des Kantons sei vehement darauf zu drängen, dass etwas geschehe. Der Kennzahlenvergleich habe tatsächlich nicht viel gebracht. Die FDP-Fraktion verstehe, dass die Stadt nicht mehr mitmachen wolle. Seine Fraktion stimme dem Antrag einstimmig zu.

Astrid Basler (GL) sagt, die Grüne Fraktion teile die Sichtweise des Stadtrats betreffend Kennzahlenvergleich nicht. Sie halte den Vergleich mit gleich grossen Gemeinden für sinnvoll. Er zeige, wo Liestal im sozialen Bereich stehe. Man könne so auch Entwicklungen erkennen und es finde ein regelmässiger Austausch mit anderen Gemeinden statt. Das Controlling solle motivierend wirken. Ihre Fraktion erwarte, dass die Sozialen Dienste die Kennzahlen nicht nur sammeln, sondern auch analysieren würden. Die in der Vorlage aufgezeigte Strategie sei keine, sondern es würden allgemeine Ziele definiert, um die Falldauer und die Kosten zu minimieren. Das solle aber selbstverständlich und könne keine Alternative zum Kennzahlenvergleich sein. Die regelmässige Überprüfung der Sozialen Dienste durch ein externes Audit sei wichtig. Die Fallzahlen würden noch immer steigen. Je länger eine Person von der Sozialhilfe abhängig sei, desto schwieriger sei es, sie in die Erwerbstätigkeit zurückzuführen. Die berufliche Eingliederung zu fördern, sei positiv, doch es brauche ergänzende und niederschwellige Arbeits-Integrationsprogramme. Diese seien aber nicht kostenneutral. Die Zusammenarbeit mit der Industrie und dem Gewerbe werde immer wichtiger. Industrie und Gewerbe müssten auch einen Teil der Verantwortung tragen. Die Grüne Fraktion sei nicht einverstanden damit, dass die Kennzahlen wertlos seien, und nehme vom Bericht deshalb nicht Kenntnis.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erwidert, sie danke für die Rückmeldungen. Dies werde immer ein schwieriges Thema sein. Zum Votum von Ernst Gebhard sei zu sagen, dass dies ein Thema in der Verwaltung sei. Zu den Fragen von Walter Leimgruber: Das Case Management werde laufend eingeführt. Die Zusammenführung des Punkts „Berufliche Eingliederung“ mit dem Punkt „Zusammenarbeit mit dem Gewerbe“ sei nicht möglich, da ein Sozialarbeiter den Kontakt zum Gewerbe nicht habe. Beim Thema Kompetenz-Zentrum gehe es nicht darum, das Kantonale Sozialamt zu hinterfragen. Dieses Amt sei eine Anlaufstelle für vielerlei Auskünfte. Für die soziale Eingliederung gebe es viele Anbieter. Die Idee sei, auf

kantonalen Ebene eine Vergleichsmöglichkeit zu schaffen. Es brauche dazu allerdings einen politischen Vorstoss. Zum Wunsch der Grünen Fraktion, dass Liestal wieder beim Kennzahlenvergleich mitmache, wolle sie darauf hinweisen, dass die Leitungen sowieso einen regelmässigen Austausch hätten. Der Vergleich sei keiner, weil Liestal nicht nur Sozialhilfesaufgaben zuerfüllen habe; die Sozialarbeiter seien auch in der Vormundschaft tätig. Münchenstein zum Beispiel kenne dies nicht. Eine Verwaltung biete beispielsweise niederschwellige Arbeitsplätze an, Liestal aber nicht. Betreffend Auditierung erinnere sie daran, dass die Verwaltung zertifiziert worden sei. Die Auditierung werde demnächst eingebaut.

Claudia Roche (SP) sagt, sie würde gerne wissen, was punkto Zusammenarbeit mit dem Gewerbe, konkret passiert sei, ob es zum Beispiel Betriebe gebe, die sozialhilfeabhängige Personen in irgendeiner Form anstellen würden.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, im vergangenen August habe im Haus der Wirtschaft eine Orientierung stattgefunden. Alle Firmen aus Liestal seien eingeladen gewesen, 25 Prozent von ihnen seien gekommen. Die Vertreter der Stadt hätten die Möglichkeit der beruflichen Integration dargelegt. Vier Firmen hätten gesagt, sie würden sich die Sache überlegen. Am Schluss habe aber niemand jemanden gemäss Konzept übernehmen wollen. Die Stadt habe jedoch nicht aufgegeben. Man müsse das Konzept anpassen. Man wolle von den Sozialarbeitern Empfehlungen darüber, welche Personen in den ersten Arbeitsmarkt integrierbar seien. Dann solle die Firma die Person abnehmen, und damit sie in dieser Situation nicht alleine sei, sei eine professionelle Begleitung vorgesehen.

://: Der Bericht des Stadtrats betreffend Soziale Dienste Liestal, Strategie und Kennzahlenvergleich für die kommenden Jahre, wird mit 31 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen zur Kenntnis genommen.

277 G.2.2.3 Behörden: Einwohnerrat

6. Bericht des Stadtrats zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplätze (Nr. 2006/121, 2006/121b)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammenfassend folgendermassen:

Nach erfolgtem Zwischenbericht vom August 2007 erfolgten weitere Abklärungen zur Beantwortung des Postulats betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplätze.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung betreffend Angebotserweiterung im Bereich der Familien ergänzenden Tagesbetreuung in Liestal/Region wie aufgrund des Umstandes, dass derzeit die Vernehmlassung zu einem neuen kantonalen Gesetz über die Familien ergänzende Tagesbetreuung durchgeführt wird, sind zum jetzigen Zeitpunkt durch die Stadt Liestal keine weiteren Schritte zu unternehmen, da damit dem neuen Gesetz vorgegriffen würde.

Die Anträge des Stadtrats lauten:

1. Die Stadt Liestal verzichtet zum jetzigen Zeitpunkt auf weitere Aktivitäten, wie im Postulat angeregt, und wartet die Entscheide betreffend das sich in Vernehmlassung befindende kantonale Gesetz über die Familien ergänzende Tagesbetreuung ab.
2. Das Postulat wird solange stehen gelassen, bis Klarheit betreffend dem derzeit in Vernehmlassung stehenden kantonalen Gesetz über die Familien ergänzende Tagesbetreuung besteht.

Erika Eichenberger (GL) teilt mit, sie über die Vorlage enttäuscht gewesen. Integration fange im Kleinkinderalter an. Aus dem Bericht gehe hervor, dass die Stadt weder Initiative noch Verantwortung übernehme, damit genügend und bezahlbare Plätze zur Verfügung stünden. Das Angebot zu unterstützen, wäre ein wichtiger Beitrag zur Wirtschaftsförderung. Der Vizepräsident der Wirtschaftskammer habe es als eines der wichtigsten Werbeelemente für Firmen bezeichnet. Der Stadtrat nehme das Bedürfnis nicht ernst und beziffere die fehlenden Plätze nicht. Sie vermisse konkrete Anfragen bei Firmen. Der Stadtrat wolle dem Gesetz nicht vorgreifen. Dies hindere ihn aber nicht daran, den Bedarf zu eruieren und geeignete Partner zu finden. Der Kanton habe die Idee entwickelt, Eltern mit Betreuungsgutscheinen zu unterstützen. Auch Private würden Initiative zeigen. Das neue Kindertagesheim Waldelfe sei gut angelaufen. Dies zeige, dass der Bedarf gegeben sei. Allerdings könnten nur gut Verdienende das Angebot nutzen. Das Tagesheim Waldelfe hoffe auf Subventionen der Stadt. Insbesondere Alleinerziehende könnten sich den Tagesansatz von hundert Franken nicht leisten. Liestal verpasse die Chance der Frühförderung von sozial Schwachen. Sie empfehle, den Antrag 1 abzulehnen und Antrag 2 zuzustimmen.

Vreni Wunderlin (FDP) meint, der Bedarf sei abzudecken. Die Kindertagesstätte Waldelfe habe noch zehn Plätze offen, die Anfragen würden steigen. Es gelte, die Vernehmlassung abzuwarten. Die FDP-Fraktion nehme die Anträge an, wolle die Angelegenheit aber aktiv verfolgen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, der Landrat werde das Thema im Sommer oder Herbst diskutieren. Jetzt könne man noch Vorschläge einbringen. Der Kanton solle stärker in die Pflicht genommen werden. Es mache Sinn, dass man zuwarte, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Ihre Fraktion unterstütze beide Anträge und warte gespannt das neue Gesetz ab.

Regula Nebiker (SP) sagt, die SP-Fraktion teile die Meinung von Erika Eichenberger. Die Förderung von Kinderkrippenplätzen sei sinnvoll investiertes Geld für die Integration. Es sei wichtig, das Thema ganzheitlich zu sehen. Natürlich müsse man die Vernehmlassung des kantonalen Gesetzes abwarten. Ihrer Fraktion fehle aber eine klare Stellungnahme dazu, was für ein Krippenangebot man in Liestal wolle, ob es genug Plätze gebe oder nicht. Es fehle ein Konzept. Im Tagesheim Sunnewirbel habe es geheissen, dass nur Babys betreut würden. Wenn ein grösseres Angebot vorhanden sei, könne man eine Mischung anstreben. Der SP-Fraktion fehlten unabhängig vom Kanton Zielvorstellungen für Liestal. Ein gutes Krippenangebot sei ein Standortvorteil für die Stadt. Ihre Fraktion folge dem Antrag 1 mehrheitlich nicht, dem Antrag 2 stimme sie zu.

Regina Vogt (FDP) führt aus, Bindungsforscher, Soziologen und Wissenschaftler würden belegen, dass die ersten drei Jahre die wichtigsten für die Entwicklung eines Kindes seien. Seien die grundlegenden Bedürfnisse während dieser Zeit nicht erfüllt, könnten Depressionen, das Fehlen von Anstrengungsbereitschaft, Sucht- und Verhaltensproblematik die Folge sein. Ganz besonders sei dies auch in der ehemaligen DDR spür- und messbar. Krippenleben entspreche nicht normalen, sondern künstlichen Familienstrukturen mit unverbindlichen Umständen bei häufig wechselndem Personal. In der DDR hätten mit ausserhäuslicher Betreuung andere Gesellschaftsstrukturen geherrscht. Die Rolle der Familie sei aufgelöst gewesen. Gewaltbereitschaft und Alkoholabusus seien immens gewesen, vier Mal höher als hier. Bemerkenswert sei die heutige schwedische Bereitschaft der Auszahlung von 300 Euro pro Kind, das Zuhause von den Eltern erzogen würde. Man lebe in einem Zeitalter, in dem verantwortungsvolle Familienplanung möglich sei. Leider habe man verlernt, eine sorgfältige Budgetplanung aufzustellen, um danach zu leben und wenn nötig zu verzichten. Sollten Not-situationen entstehen, habe man heute gut ausgebaute Sozialwerke. Eine viel wichtigere Aufgabe als Gleichstellung sei, die Kinder das Leben zu lehren, Nestwärme, Sicherheit, Vertrauen, Geborgenheit und Zuversicht weiterzuvermitteln. Diese Elternarbeit brauche eine neue Wertschätzung.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erläutert, in den Kindertagesstätten gebe es tatsächlich mehrheitlich Babys, sie seien aber nicht alle täglich dort. Die umliegenden Gemeinden hätten klar gemeldet, dass kein Bedarf nach Betreuungsangeboten bestehe. Die Stadt warte nun ab, was die Vernehmlassung bringe. Es kämen klar neue Kosten auf Liestal zu. Jetzt gebe die Stadt jährlich CHF 200'000.- für die Tagesstätte Sunnewirbel und CHF 80'000.- für den Verein Tagesfamilien Oberes Baselbiet aus.

Matthias Zimmermann (SP) meint, es sei schwierig, aus der Sprachlosigkeit heraus das Wort wieder zu finden. Regina Vogt habe eine antikommunistische Brandrede gehalten. Der Vergleich stimme aber nicht. Es gebe Leute, die nicht genug verdienen und solche Angebote benötigen würden. Man müsse dringend vorwärts machen mit diesen sozialen Werken.

Orla Oeri-Devereux (SP) ergänzt, sie sei nach dieser Rede auch sprachlos gewesen. Das Anliegen könne sie verstehen, es sei aber sehr vorwurfswoll gegenüber Andersdenkenden vorgebracht. Die DDR sei vielmals erwähnt worden. Sie denke, die Probleme mit der Gewalt in diesem Land seien viel komplexer. Kibbuz-Kinder beispielsweise würden auch nicht von den Eltern betreut. Dass Kinderkrippen so, wie Regina Vogt es beschrieben habe, geleitet und Kinder vernachlässigt würden, entspreche nicht ihrer Erfahrung. Andere Leute könnten Kindern anstelle der Eltern auch etwas beibringen.

://: Der Antrag des Stadtrats, zum jetzigen Zeitpunkt auf Aktivitäten, wie sie im Postulat angeregt werden, zu verzichten und die Entscheide betreffend das sich in Vernehmlassung befindende kantonale Gesetz über die Familien ergänzende Tagesbetreuung abzuwarten, wird mit 21 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

://: Das Postulat wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung nicht abgeschrieben.

278 G.2.2.3 Behörden: Einwohnerrat

**7. Postulat von Peter Schmied namens der SP-Fraktion betreffend
Förderung der Gewerbestadt Liestal (Nr. 2007/158)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat „Förderung der Gewerbestadt Liestal“

Die Stadt Liestal hat vor kurzem einen erneuten Anlauf genommen, die Attraktivität der "Gewerbestadt" Liestal zu fördern; so liess der Stadtrat im Herbst 2006 ein Standortförderungskonzept erarbeiten. Darin wird festgehalten, dass Liestal eine Vielfalt an interessanten, originellen und exklusiven Läden und Kleinunternehmungen beherbergt, die es zu bewahren und zu fördern gilt. Zurzeit sind nun mehrere Arbeitsgruppen an der Arbeit, die Themenkreise "Altstadt Liestal", "Wohnstadt Liestal" und "Gewerbestadt Liestal" zu bearbeiten. Als Ergänzung zu dieser Anstrengung möchten wir den Stadtrat bitten, die folgenden Massnahmen zur Förderung der "Gewerbestadt" Liestal zu prüfen und einzubeziehen:

1. Die Stadt Liestal unterstützt und fördert bestehende oder neue Kleinunternehmungen mit adäquaten Massnahmen wie z.B. Starthilfe, Businessplan, Beratung usw.
2. Erstellen einer einladenden Broschüre, die Liestal als Kleinstadt anpreist, in der man "das besondere Geschenk für den Geburtstag, für Weihnachten usw." findet. In der gleichen Broschüre sollen potentielle Kleinunternehmer, die Liestal als Gewerbestadt bereichern könnten, aufgefordert werden, sich in Liestal anzusiedeln. (Vorteile auführen)
3. Schaffung einer Anlaufstelle für Vermieter und Mieter von Gewerbelokalitäten in der Stadt Liestal.
4. Die Stadt Liestal publiziert ihre Gewerbeförderungsphilosophie. Sie unterstützt und fördert Vielfalt, Attraktivität, Originalität ...

Ein lebendiges Liestal braucht innovative, originelle und besondere Kleinunternehmungen. Liestals Zentrum muss ein attraktives Einkaufszentrum bleiben.

Peter Schmied
SP-Fraktion
17. August 2007

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) fragt, ob der Stadtrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, der Stadtrat wolle den Vorstoss nicht entgegennehmen, da es um diverse Anliegen gehe, die nicht zu den öffentlichen Aufgaben gehörten. Was hineinpasste, wolle man im Rahmen der Standortförderung anpacken. Ein Businessplan gehöre klar in den Bereich der Wirtschaft und nicht zur Stadtverwaltung.

Peter Schmied (SP) erinnert daran, dass die Stadt im Herbst 2006 ein Standortförderungskonzept habe erarbeiten lassen. Es sei um die Förderung der Gewerbestadt Liestal gegangen. Im Herbst 2007 seien auf Initiative der Stadt Arbeitsgruppen entstanden, darunter eine Gruppe für Stadtmarketing. Sie habe verschiedene Vorstösse gemacht, um etwas für das selbernde Gewerbe in Liestal zu tun. Sein Postulat gehe in die gleiche Richtung. Es enthalte

Überlegungen, wie man der Gewerbestadt Liestal helfen könne. Es wolle einen Beitrag zur Belebung und Absicherung der Gewerbestadt Liestal leisten. Eine allfällige Überweisung an den Stadtrat sehe er auch als Absichtserklärung des Einwohnerrats, die Bemühungen der Stadt zu unterstützen. Es seien viele Ideen im Raum. Man solle sie nicht versanden lassen, sondern zusammentragen, analysieren und überprüfen. Als Folge erwarte seine Fraktion vom Stadtrat ein klares Bekenntnis, dass er bereit sei, alles Mögliche zu unternehmen und etwas zu investieren, um die Gewerbestadt zu fördern. Sie erwarte ausserdem eine Vorlage mit konkreten und umsetzbaren Vorschlägen. Er bitte dringend darum, sein Postulat zu unterstützen.

Daniel Spinnler (FDP) führt aus, er finde es gut, dass auch die SP das Gewerbe fördern wolle. Seine Fraktion werde trotzdem gegen das Postulat stimmen, denn sie meine, dass es ausser im Punkt 3 am Ziel vorbeischiess. Bereits beschäftige sich eine Arbeitsgruppe mit diesem Thema. Es sei nicht einzusehen, weshalb man jetzt eingreifen solle. Echte Gewerbe-förderung bedeute, gute Rahmenbedingungen für Unternehmer zu schaffen. Man könne etwa die Steuern für Unternehmer senken. Dazu gehörten auch eine gute Infrastruktur, beispielsweise ein gutes Parkierungsangebot, sowie die administrative Entlastung der KMU. Die Stadt solle natürlich hinter den Gewerblern stehen, aber Starthilfe zu leisten und Business-pläne zu erstellen, sei nicht ihre Sache. Eines von zwei Unternehmen gehe nach fünf Jahren in Konkurs. Der Bund habe die Unternehmenssteuerreform 2 vor. Das sei Gewerbe-förderung. Den Businessplan sollten die Unternehmer selbst aufstellen. Die Wirtschaftsförderung beider Basel biete in diesem Punkt Beratungen an. Da bringe es nichts, wenn Liestal dasselbe mache. Die FDP-Fraktion lehne das Postulat einstimmig ab. Der Punkt 3 sei zu überdenken. Diesbezüglich werde man sicher etwas vom Stadtrat hören.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) doppelt nach, das Postulat gehe in die falsche Richtung. Die Stadt könne nicht Aufgaben übernehmen, die die freie Marktwirtschaft anbiete. Sie solle hingegen unbedingt schnellere Verfahren bei Bewilligungen für Reklamen und Schaufenster gewährleisten. Standortförderung würde auch bedeuten, dafür zu sorgen, dass man immer gute Parkplätze finde und zu gewissen Zeiten gratis parkieren könne. Im Zeitalter der Einkaufszentren auf der grünen Wiese seien die Spiesse für die Gewerbetreibenden nicht gleich lang. In Liestal werde den Verkehrsteilnehmern nicht aufgezeigt, wo es freie Parkplätze habe. Dadurch entstehe Suchverkehr. Seine Fraktion sei gegen die Überweisung.

Elisabeth Spiess (GL) betont, die Grüne Fraktion sei für ein lebendiges Liestal. Sie trete für die Förderung des Gewerbes und speziell des Kleingewerbes ein, auch im Sinne einer attraktiven Gestaltung des Zentrums. Die Themen des Postulats seien im Rahmen der Standortförderung aufgenommen worden. Man solle den Stadtrat nicht unnötig belasten. Die Grüne Fraktion sehe keine Notwendigkeit, das Postulat zu überweisen.

Peter Schmied (SP) bekennt, diese Haltung überrasche ihn. In Vorstössen spüre er das Bedürfnis, die Gewerbestadt Liestal zu unterstützen. Er nehme die Anregungen aber als verzettelt und konzeptlos wahr. Der Stadtrat habe in diese Richtung gearbeitet, die Arbeitsgruppen hätten ihre Tätigkeit abgeschlossen. Das Interesse der SP-Fraktion sei, dass daraus etwas Konkretes entstehe. Dass die FDP und die SVP gegen die Unterstützung des Gewerbes seien, gehe ihm nicht in den Kopf.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, die Arbeitsgruppen hätten tatsächlich ihre Arbeit abgeschlossen und einen Massnahmenkatalog formuliert, den sie dem Stadtrat weitergegeben hätten. Er befasse sich bereits damit. Daraus werde eine Vorlage entstehen.

Daniel Spinnler (FDP) unterstreicht, seine Fraktion setze sich wirklich fürs Gewerbe ein. Er finde es nicht in Ordnung, wenn Peter Schmied behaupte, die FDP-Fraktion unternehme in dieser Hinsicht nichts. Wenn die FDP gegen das Postulat sei, heisse das nicht, dass sie gegen das Gewerbe sei.

Bernhard Fröhlich (FDP) äussert, er fühle sich angesprochen, da er stark für den Detailhandel eintrete. Er vermute auf Seiten der SP ein schlechtes Gewissen. Daraus solle man nicht einen schlechten Vorstoss machen. Für Businesspläne seien die Unternehmer verantwortlich. Es gebe eine Wirtschaftskammer, die jegliche Hilfe leiste. Die Verwaltung müsse sich um prioritäre Aufgaben kümmern. Sie sei nicht mit Dingen zu belasten, die schon vorhanden seien. Die Stadt habe sich für CHF 30'000.- in die neue Broschüre „Lima“ eingekauft. Dort habe sie die Gelegenheit, die Gewerbeförderungsphilosophie der Stadt bekannt zu machen. Recht habe Peter Schmied mit der Anlaufstelle für Vermieter und Mieter von Gewerbelokalitäten. Diesen Punkt unterstütze er, da hier ein Manko herrsche. Das Gewerbe sei mit den richtigen Mitteln zu unterstützen. Das Postulat sei das falsche Mittel.

Franz Kaufmann (SP) meint, dies sei eine einmalige Chance für die 40 Einwohnerräte, gemeinsam ein Signal abzugeben, dass man Liestal voranbringen wolle. Es kämen immer wieder Klagen, die die SP ernst nehme. Wenn er aber höre, dass man gute Rahmenbedingungen mit Parkplätzen gleichsetze, ernüchtere ihn das sehr. Das Thema Kinderkrippenplätze gehöre auch dazu. Solche Plätze seien wirtschaftlich sinnvoll. Die FDP-Fraktion bekämpfe durch die Äusserungen von Regina Vogt auch dieses Thema. Die Signale seien widersprüchlich.

Bernhard Fröhlich (FDP) sagt, wenn die Förderung des Gewerbes allen am Herzen liege, sei ein überparteiliches Postulat zugunsten des Gewerbes angesagt.

Peter Schmied (SP) fügt hinzu, ihn erstaune, wieviel Gewicht auf die einzelnen Punkte des Postulats gelegt werde. Es gehe ihm nicht darum, dass diese durchgeboxt würden, sondern darum, dass die geleistete Arbeit nicht versande.

://: Das Postulat wird mit 25 Nein- gegen 9 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

279 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

8. Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung (Nr. 2007/162)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung

Kleine und mittlere Unternehmen werden durch staatliche Auflagen immer stärker administrativ belastet. Der Bund und der Kanton Basel-Landschaft haben Handlungsbedarf erkannt und bereits bei der Erarbeitung ihrer Gesetzgebung entsprechende Instrumente eingeführt. Im Kanton Basel-Landschaft wird der Zugang zur Verwaltung (inkl. Informationsfluss zwischen Unternehmen und Verwaltung) seit Februar 2007 durch eine einheitliche Anlaufsstelle sichergestellt.

Eine Arbeitsgruppe der FDP hat untersucht, welche Massnahmen auch auf kommunaler Ebene sinnvoll wären und kommt zum Schluss, dass insbesondere eine weitere Verbesserung des Zugangs zur Stadtverwaltung den Unternehmensalltag der hier ansässigen Unternehmen vereinfachen würde.

Allfällige Massnahmen sollen aber nicht auf Unternehmen alleine beschränkt bleiben. Denn während Detailhandelsunternehmen im Stedtl über den Mittag und am Abend bis um 18.30 Uhr teilweise sogar bis um 20.00 Uhr geöffnet haben, gestaltet sich der Zugang zur Stadtverwaltung für Personen schwieriger, die durch den Tag arbeiten. Bei der Stadtverwaltung sind (mit Ausnahme des Informationsschalters) die Schalter der Stadtverwaltung gerade einmal pro Woche bis 18.00 Uhr geöffnet. Das Besorgen der Amtsgeschäfte kann zwar teilweise auch über die Homepage der Stadt erfolgen – gewisse Geschäfte (wie z.B. das Besorgen einer neuen ID) benötigen jedoch die Anwesenheit der betroffenen Personen und sind in der Regel für Einwohner von Liestal nur während der Arbeitszeit möglich. Dies ist insbesondere hinderlich, wenn man nicht in Liestal arbeitet.

Der Stadtrat wird deshalb gebeten, Massnahmen zu prüfen, die:

1. den persönlichen Zugang zur Verwaltung am Morgen, Mittag und Abend weiter verbessern (bspw. für das Einholen von Park- und Zugangsbewilligungen bereits um 7.00 Uhr, dem Erstrecken der Öffnungszeiten an drei, vier oder sogar fünf Tagen in der Woche über den Mittag und ggf. längere Öffnungszeiten am Abend);
2. den elektronischen Zugang zur Stadtverwaltung weiter erleichtern (Stichwort: «Guichet virtuel», der auf Anspruchsgruppen wie Unternehmen und Private ausgerichtet ist);
3. Informationen über für Unternehmen und Private wichtige Auflagen und Verwaltungsabläufe einfach darstellen (bspw. unter Berücksichtigung der im Zusammenhang mit der ISO-Zertifizierung gemachten Erkenntnisse);
4. sicherstellen, dass die Beantwortungen von Anfragen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes erfolgen (bspw. Einführung einer Antwortfrist für Anfragen von fünf Tagen, wie es der Kanton in der Verordnung zum KMU-Entlastungsgesetz bereits vorsieht).

Daniel Spinnler
Bernhard Fröhlich
FDP-Fraktion
21. August 2007

Stadträtin Regula Gysin teilt mit, der Stadtrat sei bereit, das Postulat anzunehmen.

Daniel Spinnler (FDP) legt dar, der administrative Austausch zwischen Gewerbe und Behörden nehme 6650 Stunden pro Unternehmung und Jahr in Anspruch. Die Gewerbetreibenden müssten die Gesetze und Abläufe verstehen oder Formulare ausfüllen. Kleine Betriebe würden am stärksten belastet. Der Aufwand sei zu reduzieren, damit Unternehmen entlastet würden, und um zu sparen. Eine Arbeitsgruppe der FDP sei zum Schluss gekommen, dass der Zugang zu Verwaltung anzuschauen sei. Den physischen Zugang könne man so auch für die Bevölkerung verbessern. Eine ID solle man auch am Abend machen können. Dazu komme die Internet-Seite. Sie sei gut, liesse sich aber verbessern. Er denke an gesonderte Zugänge für das Gewerbe und die Einwohner sowie eine Untergliederung nach Themen. Eine Vereinfachung würde für ihn zum Beispiel bedeuten, dass man nachschauen könne, welche Schritte zu erfolgen hätten, wenn man eine Baubewilligung brauche. Durch die ISO-Zertifizierung sollte man solche Abläufe einfach darstellen können. Das Postulat sei gut für die Unternehmen, aber auch für die Einwohner. Er bitte um Unterstützung.

Corinne Ruesch (GL) hält fest, die Grüne Fraktion sei ebenfalls der Meinung, dass der Zugang für diverse Personengruppen schwierig sei. Man müsse über eine Verbesserung nachdenken. Erweiterte Öffnungszeiten bedingten mehr personelle Ressourcen, damit es nicht zu qualitativen Einbussen komme. Die personellen Konsequenzen müsse der Stadtrat aufzeigen. In dem Sinn stimme die Grüne Fraktion dem Postulat zu.

Matthias Zimmermann (SP) fügt hinzu, auch seine Fraktion sei nicht gegen das Postulat. Sie sei für eine bürgernahe Verwaltung. Das Postulat enthalte einige wertvolle Punkte. Es gehe vielleicht etwas zu sehr ins Detail. Der Stadtrat habe vielleicht auch Ideen zu diesem Thema.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) äussert, das Thema brenne ihm schon lange unter den Nägeln. Er habe es in einer Fragestunde aufgeworfen. Die Läden hätten durchgehend offen, weil sie erkannt hätten, dass die Kunden dort einkaufen würden, wo für sie die nötige Infrastruktur vorhanden sei. Die Verwaltung habe keinen Konkurrenzdruck. Sie könne die Öffnungszeiten den eigenen Bedürfnissen anpassen und vergesse dabei, wer ihre Kunden und auch Lohnzahler seien. Von einigen Gewohnheiten müsse man sich verabschieden. Andere Abteilungen müssten notwendige Ressourcen abdecken. Mit der ISO-Zertifizierung sollte die Neuorganisation ein kleines Problem darstellen. Seine Fraktion unterstütze den Vorstoss einstimmig.

Philipp Senn (SP) berichtet, er sei heute am Schalter gewesen. Man habe ihm erzählt, dass die Mitarbeitenden dort teilweise unter extremem Druck arbeiten würden. Ein besserer Zugang zur Verwaltung wäre eine gute Sache. Die betreffenden Mitarbeitenden würden aber nicht da sitzen und Däumchen drehen. Man könne sich vor Ort informieren. Er unterstütze das Votum von Corinne Ruesch.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) teilt mit, er habe mit dem Karikaturisten Max Braun über dessen Erfahrungen auf der Verwaltung gesprochen. Max Braun habe einen Platz für eine Karikatur gesucht und sei auf die Idee gekommen, sie in einen Schaukasten des Törlis zu hängen. Bei der Verwaltung habe sich niemand dafür zuständig gefühlt. Die Zuständigkeiten seien in gewissen Bereichen nicht genügend geregelt.

Daniel Spinnler (FDP) sagt, er danke für die positive Aufnahme des Anliegens. Man müsse nicht auf Vorrat Personal verlangen. Der Stadtrat werde im Bericht Vorschläge machen. Er sei nicht dagegen, mehr Personal anzustellen. Vielleicht liessen sich aber auch Abläufe verbessern. Beide Ansätze seien zu prüfen.

Bernhard Fröhlich (FDP) meint, die Bemerkung, dass die Personalsituation zu überprüfen sei, sei legitim. Man müsse die Resultate anschauen und entscheiden, ob man sich das Gewünschte leisten könne oder ob alle Ressourcen richtig verteilt seien. Die ISO-Zertifizierung bedeute nicht, dass die Qualität auf jeden Fall stimme. Sie bedeute lediglich, dass die Ablä-

fe transparent aufgeführt seien. Sie seien die Grundlage für reorganisatorische Massnahmen.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) ergänzt, er denke nicht, dass die netten Damen am Info-schalter Däumchen drehen würden. Er arbeite im Verkauf. Dort habe es kurzfristig geheissen, das Geschäft sei ab jetzt bis acht Uhr abends geöffnet. Man habe sich organisieren müssen. Man könne auch ohne Personalaufstockung Personal einplanen und sich abteilungsübergreifend organisieren. Er sehe nicht ein, dass man mit 90 Personen im Rathaus nicht die eine oder andere Ressource verschieben könne, um Kundenwünschen zu entsprechen.

://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

280 G.2.2.3 Behörden: Einwohnerrat

**9. Postulat von Marie-Theres Beeler namens der Grünen Fraktion
betreffend Schaffung eines umweltverträglichen Reglements zur
Parkraumgestaltung (Nr. 2007/170)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat zur Schaffung eines umweltverträglichen Reglements zur Parkraumgestaltung

Innert kürzester Zeit wurden in der Stadt Liestal von Dritten riesige Parkplatzflächen erstellt. Die jüngsten Beispiele sind der Parkplatz des Kantons auf dem Areal des Martin-Birmann-Spitals und der Parkplatz der SBB auf der Südseite der Geleise an der Sichterstrasse. Wie in Zusammenhang mit einer Interpellation von Jürg Holinger zu dieser Entwicklung deutlich wurde, fördert das entstandene Überangebot die Belastung der Stadt durch den Individualverkehr. Neben der Problematik einer verfehlten Verkehrspolitik entstehen dadurch aber noch weitere ökologische Probleme. Offenbar werden diese Parkplätze als Provisorien deklariert. Tatsache ist, dass durch grossflächige Versiegelungen innerhalb der Bauzonen wertvolle Grünflächen im Siedlungsgebiet verschwinden, die für Kleinlebewesen und Vögel einen wichtigen Lebensraum darstellen. Die natürliche Versickerung von Oberflächenwasser wird verunmöglicht, das Stadtbild verunstaltet. Was privaten Personen verboten ist, darf im öffentlichen Raum offenbar realisiert werden.

Mit grosser Sorge verfolgen wir diese Entwicklung und erwarten vom Stadtrat, dass er sofort die gesetzlichen Spielräume auslotet, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Wir laden den Stadtrat ein, die Schaffung eines Reglementes zu prüfen, das die Gestaltung von Parkraum im Siedlungsgebiet (auch im Fall von Provisorien) an ökologische Kriterien bindet. Wir denken an die Verhältnissbemessung von Grünflächen zu versiegelter Parkfläche, an die Versickerung des Oberflächenwassers und an die Erhaltung von grünen Korridoren für Kleinlebewesen.

Marie-Theres Beeler
Grüne Fraktion
21. September 2007

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, es seien zwei Ebenen angesprochen, nämlich die Anzahl und die Bauqualität der Parkplätze. Die Anzahl der SBB-Parkplätze sei nicht überproportional, im Gegensatz zu derjenigen beim Spital. Das Anliegen, nicht zu viele Parkplätze zu bauen, habe man in die Ortsplanung aufgenommen und verschiedene Zonen geschaffen, um die Zahl der Parkplätze zu definieren. Die Stadt habe beim Kanton Druck gemacht, dass er ein Parkplatzkonzept über seine Areale vorlegen solle. Dieses Konzept habe man vor Weihnachten erhalten. Was die Bauqualität betreffe, habe die Stadt die Philosophie des Kantons, Abwässer versickern zu lassen, übernommen. Die Versickerungsfähigkeit des Bodens sei unterschiedlich. Beim Bahnhof könne das Wasser nicht versickern, deshalb brauche es dort einen Hartbelag. Die Ortsplanung enthalte Empfehlungen für den Bau von Parkplätzen, damit man eine Handhabe im Bewilligungsverfahren habe. Die Versickerungsmöglichkeit müsse nachgewiesen werden. Der Stadtrat sei nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Marie-Theres Beeler (GL) erwidert, sie danke für die Ausführungen. Das Parkplatz-Provisorium des Kantons beim Spital habe ihre Fraktion zu dem Postulat bewogen. Mit einem Reglement würde man rechtzeitig auf solche Vorhaben aufmerksam. Stadtrat Ruedi

Riesen habe von Lösungen gesprochen. So lange keine Lösungen vorlägen, beharre sie auf der Überweisung des Postulats. Wenn sich erweise, dass man kein Reglement brauche, sei dies in Ordnung. Ihre Fraktion gehe es darum, dass so etwas wie beim Birmannspital nicht noch einmal passiere. Die Versiegelung des Bodens und das Fällen von Bäumen wären dort nicht nötig gewesen. Bei einem Provisorium solle man keine vollendeten Taschen schaffen. Die Grüne Fraktion wünsche, dass eine Stadt, die verlange, dass man keine Riesengipfeli als Reklame vor einen Laden stelle, auch verhindere, dass solche Schandfleckchen entstünden. Sie wolle mehr als die Empfehlungen, die in der Ortsplanung vorgesehen seien. Das Postulat befasse sich mit der Bauqualität und nicht mit der Anzahl von Parkplätzen.

Roman Zeller (FDP) führt aus, die FDP-Fraktion sei gegen die Überweisung des Postulats, weil sie es für unproduktiv halte. Es gehe um den öffentlichen Bereich. Das Postulat meine aber das ganze Siedlungsgebiet. Das Thema Parkplätze sei bereits auf vielfältige Weise geregelt. Deshalb sei seine Fraktion der Meinung, dass ein zusätzliches Reglement überflüssig sei. Sie sehe es als angebrachte Lösung an, Empfehlungen abzugeben. Es gebe öffentliche und private Parkplätze. Es sei schwierig, private Plätze mit einem Reglement zu überprüfen. Ab einer gewissen Grössenordnung seien sie sogar bewilligungsfrei.

Matthias Zimmermann (SP) legt dar, er befinde sich bei diesem Thema im Dilemma, ebenso seine Fraktion. Das Anliegen sei richtig. Es gebe den qualitativen und den quantitativen Punkt. Eigentlich habe man bereits eine Vorschrift. Er werde dem Postulat trotzdem zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) sagt, für seine Fraktion sei die Situation schwierig. Sie habe sich ebenfalls negativ zu den Parkplätzen des Kantons geäussert. Diese Regelung gehe ihr jedoch zu weit. Der Stadtrat habe dargelegt, dass das nicht mehr passieren solle. Seine Fraktion sei mehrheitlich gegen die Überweisung des Postulats.

Jürg Holinger (GL) äussert, die Situation beim Birmannspital sei katastrophal. Durchschnittlich seien von ungefähr hundert Parkplätzen fünf belegt. Man müsse in Liestal Pflöcke einschlagen, damit keine solchen Parkplätze mehr gebaut würden. Es gehe nicht darum, Parkplätze zu verbieten, sondern darum, sie vernünftig zu gestalten. Er bitte darum, der Überweisung zuzustimmen.

Marie-Theres Beeler (GL) fügt hinzu, ihr Anliegen sei Qualität. Es gehe ihr um sinnvolle Vorschriften anstelle von Kann-Formulierungen.

Stadtrat Ruedi Riesen weist darauf hin, dass im Begriff „Parkraum“ auch Parkhäuser eingeschlossen seien. Diese müssten dann auch an ökologische Kriterien gebunden werden. Die Masse, die das Postulat meine, könne er nicht interpretieren. Gemeint sei das Problem beim Birmannspital. Da gehe es aber um Quantität. Er sei verwirrt.

Marie-Theres Beeler (GL) erwidert, sie ersetze in ihrem Antrag den Ausdruck „Parkraum im Siedlungsgebiet“ durch den Begriff „Oberflächen-Parkplätze im Siedlungsgebiet“.

Stadtrat Ruedi Riesen unterstreicht, es stehe ein Reglement zur Verfügung, das man einsehen könne. Das in Übereinstimmung mit dem kantonalen Konzept zu bringen, sei keine Abmachung. Die Stadt habe sich sehr Mühe gegeben, den Kanton aufzufordern, solche Dinge nicht mehr zu tun, und habe so bereits etwas verhindert.

://: Das Postulat wird mit 18 Nein- gegen 15 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen nicht überwiesen.

281 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

10. Postulat von Erika Eichenberger und Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend Solardächer für Liestal (Nr. 2007/172)

282 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

11. Postulat von Ernst Burkhardt namens der SP Liestal betreffend „100 Solardächer in 18 Monaten“ (Nr. 2007/174)

Das Postulat Nr. 2007/172 hat folgenden Wortlaut:

Postulat „Solardächer für Liestal“

Bereits in 23 Gemeinden im Baselbiet, unter anderem auch in Sissach, werden zurzeit Aktionen zur Förderung des Baus von Solardächern durchgeführt. Die Aktion «100 jetzt!» will einfache, thermische Solaranlagen fördern, die das Warmwasser mit der Wärme der Sonne aufheizen. Alleine dadurch lassen sich 10 bis 20 Prozent des Energieverbrauchs eines Haushalts mit Sonnenenergie abdecken. Dadurch liessen sich jährlich einige Tonnen CO₂ einsparen. Es handelt sich hierbei um ein Projekt, welches punkto Klimaschutz und Verwendung erneuerbarer Energien auf regionale Gegebenheiten (die Region Nordwestschweiz weist ähnlich viele Sonnenstunden auf wie das Wallis) und Märkte setzt. In Sissach möchte die Aktion «100 jetzt!» erreichen, dass in den kommenden 18 Monaten 100 Hausdächer mit Solaranlagen für Warmwasser und Heizung ausgestattet werden. Lanciert hat die Idee eine Liestaler Firma, die dafür verschiedene Partner gewinnen konnte. Interessierte Hausbesitzer erhalten kostenlos eine kompetente Beratung und können die Solaranlage rund einen Drittel günstiger beziehen. Wir laden den Stadtrat ein, die Lancierung einer auf Liestal zugeschnittenen Aktion „Solardächer für Liestal“ zu prüfen und dem Einwohnerrat zu berichten.

Erika Eichenberger, Jürg Holinger, Grüne Fraktion; 24. September 2007

Das Postulat Nr. 2007/172 hat folgenden Wortlaut:

Postulat 100 Solardächer in 18 Monaten

Im Mai 2007 hat die Liestaler Energiefirma IEU in Sissach die Aktion „100 jetzt!“ gestartet. Ziel ist es, innert 18 Monaten auf 5 Prozent der Dächer Solaranlagen (Sonnenkollektoren für Warmwasser) zu realisieren. Inzwischen hat der Verein Energie Zukunft Schweiz, ein Zusammenschluss der Energielieferanten und -verteiler EBL, IWB, Gasverbund Mittelland und AEK Energie AG, die Federführung übernommen mit dem Ziel, möglichst viele Gemeinden für das gleiche Anliegen zu gewinnen. Gemäss einer Mitteilung des Vereins Energie Zukunft Schweiz ist der Start in sieben weiteren Gemeinden bereits erfolgt, „22 weitere Gemeinden liessen sich von der Begeisterung anstecken.“

Durch die Aktion können viele Hausbesitzer eine Solaranlage um rund einen Drittel günstiger montieren lassen: Durch Einkauf und Montage der Sonnenkollektoren (Mengenrabatt), Gratisberatung, Informationsaustausch mit anderen Interessierten, Kantonsbeiträge und steuerliche Abzüge. Die Verdoppelung der Erdölpreise in den letzten Jahren erhöht die Wirtschaftlichkeit einer Sonnenkollektoranlage beträchtlich.

Die Stadt Liestal ist auf gutem Weg das E-Label „Energistadt“ zu erwerben. Mit dieser Aktion ergibt sich für die Stadt die Möglichkeit, durch ideelle Unterstützung und durch Informationsveranstaltungen die umweltfreundliche Energiegewinnung zu fördern. Davon profitieren die Bewohner Liestals, das lokale Gewerbe und die Umwelt.

Zu prüfen ist auch die Montage von Sonnenkollektoranlagen auf gemeindeeigenen Bauten. Wir bitten den Stadtrat, das Anliegen zu prüfen und dem Einwohnerrat zu berichten.

Ernst Burkhardt, SP Liestal, 20. September 2007

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, die Traktanden Nr. 10 und 11 würden zusammen beraten.

Stadtrat Ruedi Riesen erinnert daran, dass Liestal auf dem Weg zur Energiestadt sei. Demnächst würden die Sonnenkollektoren an einer Veranstaltung im Hotel Engel vorgestellt. Im Zeichen der Energiestadt Liestal prüfe der Stadtrat gerne die Möglichkeiten.

Erika Eichenberger (GL) äussert, sie sei glücklich darüber, dass der Stadtrat bereits dabei sei, den Inhalt der Postulate umzusetzen. Als sie gelesen habe, dass der Solarexpress durchs Baselbiet rase, habe sie die Chance für Liestal gesehen, darauf aufzuspringen. Es gehe darum, dass möglichst viele Hausbesitzer zum Umsatteln animiert würden. Mitmachen könne nur, wer in einer Gemeinde wohne, die die Aktion offiziell unterstütze. Deshalb sei die Bevölkerung darauf angewiesen, dass der Stadtrat die Sache vorantreibe. Mit Solarenergie sei man „in“; es sei eine Trendwende festzustellen. Dies führe zu einer Aufbruchstimmung für Liestal als zukünftige Energiestadt.

Ernst Burkhardt (SP) teilt mit, er danke für die Unterstützung. Es sei wichtig, dass die Stadt Liestal einen Rahmen für Information zur Verfügung stelle. Die Beratung befinde sich in einem Stau. Bei der Solarenergie handle sich um eine bewährte, einfache Technik. Mit dem heutigen Ölpreis wirke sie sich auch in wirtschaftlicher Hinsicht aus. Wenn man nur einen kleinen Teil des wirtschaftlichen Denkens in Energiefragen aufs Auto anwenden würde, hätte man nicht so grosse Probleme mit dem Verkehr. Er bitte darum, die Postulate einhellig zu überweisen.

Nils Henn (FDP) meint, die Aktion sei eine tolle Sache. Seine Fraktion unterstütze die Postulate. Es sei allerdings überflüssig, zwei Vorstösse zum gleichen Thema vorzulegen. Deshalb stelle sich die Frage, ob man sie überhaupt überweisen solle. Vermutlich erzeuge man keinen zusätzlichen Aufwand, wenn man sie überweise, deshalb könne man dies tun.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) sagt, die SVP/CVP/EVP-Fraktion finde die Postulate gut. Mit dieser Technik lasse sich Warmwasser im Sommer aufbereiten. Seine Fraktion überweise die Vorstösse gerne.

Ernst Burkhardt (SP) sagt, er stelle den Antrag, die Postulate zu überweisen, danach jedoch gleich abzuschreiben, um keine unnötige Arbeit zu verursachen.

://: Das Postulat „Solardächer für Liestal“ wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

://: Das Postulat „100 Solardächer in 18 Monaten“ wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

://: Beide Postulate werden einstimmig abgeschrieben.

283 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

12. Motion von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion und Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend kundenfreundliches Parkieren im Stedtli (Nr. 2007/173a)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

**Motion betreffend kundenfreundliches Parkieren im Stedtli
(Änderung des Motiontextes Nr. 2007/173)**

Schnelle Entwicklungen verlangen schnelle Anpassungen resp. Entscheide. Das wirtschaftliche Umfeld in und um Liestal hat sich in letzter Zeit derart rasant verändert, was dazu führt, dass unser Parkplatzkonzept nicht mehr kundengerecht ist. Wenn Liestal als Einkaufszentrum „überleben“ will, müssen unverzüglich entsprechende Anpassungen veranlasst werden. Als erster Schritt soll das Parkieren für die 1. Stunde gebührenfrei sein. Die gebührenpflichtigen Stunden danach dürfen aber nicht teurer werden. Mit dieser Massnahme können Kundinnen und Kunden 1 Stunde lang gratis ihre Einkäufe im Stedtli tätigen, was unweigerlich zu einer Frequenzsteigerung führen wird. Wir sind überzeugt, damit einen wichtigen Beitrag zu leisten, dass nicht weitere Kundschaft in die vielen – in nächster Nähe liegenden – Einkaufszentren abwandert.

Antrag: In der Kernzone (Zone 1) von Liestal wird das Parkieren für die 1. Stunde gebührenfrei. Die Gebühren für die nachfolgenden Stunden dürfen nicht erhöht werden.

Bernhard Fröhlich
FDP-Fraktion
Hanspeter Meyer
SVP/CVP/EVP-Fraktion
30. Oktober 2007

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) fragt, ob der Stadtrat bereit sei, die Motion entgegenzunehmen. Sie stelle fest, dass er sich noch nicht äussern wolle.

Bernhard Fröhlich (FDP) macht darauf aufmerksam, dass die Antwort auf das Postulat von Paul Finkbeiner betreffend Änderung der gebührenpflichtigen Parkierungszeiten (Nr. 2006/87) noch nicht vorliege. Die Frage sei, ob die Behandlung dieses Postulats vorzuziehen sei.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) teilt mit, er sei bereit, das Postulat zurückzuziehen. Er wisse aber nicht, ob das rechtlich möglich sei, denn der Stadtrat habe bereits den Auftrag erhalten, einen Bericht zum Postulat auszuarbeiten. Falls es möglich sei, würde er den Antrag stellen, sein Postulat abzuschreiben und die aktuelle Motion zu behandeln.

Bernhard Fröhlich (FDP) führt aus, der Detailhandel und die Restaurants kämen durch die Einkaufszentren rund um Liestal immer mehr unter Druck. Man spreche von guten Rahmenbedingungen, für die zu sorgen sei. Man müsse aber auch handeln. In einer Stunde könne man einkaufen und essen gehen, wenn man nicht die letzten Parkplätze wegnehme. Das Stedtli attraktiver zu machen, sei keine Frage der Parteizugehörigkeit. Wenn man nichts un-

ternehmen, würden mehr und mehr Geschäfte schliessen. Dann gebe es auch weniger Kundschaft, und zu den Gebührenauffällen kämen Steuerausfälle. Er bitte dringend darum, die Motion entgegenzunehmen.

Philipp Senn (SP) legt dar, die Motivation, mit dieser Motion das Einkaufszentrum Liestal zu fördern, sei nachvollziehbar. Die SP-Fraktion habe bereits ihr Bekenntnis zur Förderung des Stedtlis abgelegt und gezeigt, dass sie dafür auch Geld ausgeben würde. Die Idee des heutigen Regimes sei, das Zentrum für die motorisierte Kundschaft attraktiv zu machen, indem man stets von genügend freien Parkplätzen ausgehen könne. Die Parkgebühr solle Anreiz zu erhöhter Frequenz schaffen. Entscheidender sei aber, Parkraum in nützlicher Frist zu finden. Im Parkhaus Bücheli stünden fast immer freie Plätze zur Verfügung. Diese Information solle besser weitergeleitet werden. In der SP-Fraktion habe man sich gefragt, ob man den Vorschlag der Motion nicht einfach ausprobieren solle. Das Hin und Her von Bestimmungen verunsichere aber die Parkierer. Deswegen sei seine Fraktion gegen die Überweisung. Persönlich frage er sich, warum man versuche, die Einkaufszentren mit deren Stärken zu schlagen, statt sich auf die eigenen Stärken zu besinnen. Man müsse auch an die Kundschaft denken, die wegen der Ambiance im Stedtli komme und nicht motorisiert sei.

Jürg Holinger (GL) unterstreicht, verkehrserzieherisch sei es falsch, gebührenfreies Parkieren anzubieten. Dies ermuntere die Leute, im Stedtli herumzufahren statt im Parkhaus zu schauen, ob es freie Plätze habe. Die Grüne Fraktion lehne die Förderung des Suchverkehrs und das Umparkieren nach einer Stunde ab und stelle einen Gegenantrag. Seine Fraktion sei nicht gegen die freie Stunde, sie sei aber dafür, diese im Parkhaus anzubieten. Verkehrspolitisch sei dies der sinnvollere Ansatz.

Bernhard Fröhlich (FDP) äussert, zu einer Motion könne man seiner Meinung nach keinen Antrag stellen. Dies könne nur der Motionär tun. Die Idee bezüglich des Parkhauses gefalle ihm. Wenn es ein valables Parkhaus in der Nähe des Zentrums gebe, sei das zu prüfen. Er bitte darum, für den Detailhandel und das Gewerbe wenn nötig über den eigenen Schatten zu springen.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) bestätigt, Bernhard Fröhlich habe Recht. Laut Geschäftsreglement für den Einwohnerrat könne eine Motion oder ein Postulat nur durch den Verfasser geändert werden.

Bernhard Fröhlich (FDP) gibt bekannt, die Motionäre wünschten eine namentliche Abstimmung.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) erinnert daran, dass der Rat vor einigen Jahren über ein Parkplatzreglement befunden habe. Damals habe man noch eine halbe Stunde gratis parkieren können. Gewerbetreibende hätten sich vehement gegen die Abschaffung dieser kostenlosen halben Stunde gewehrt, jedoch ohne Erfolg. Die Kunden hätten das Angebot geschätzt. Der Tenor sei nach der Abschaffung gewesen, dass man nicht mehr nach Liestal zum Einkaufen komme. Mit der Motion wolle man diese Entscheidung rückgängig machen. Er hoffe, dass der Wirtschaftsaufschwung auch einmal in Liestal ankomme.

Peter Schmied (SP) meint, es sei zu bezweifeln, dass die Gratisstunde die Frequenz erhöhen werde. Vermutlich wären die Parkplätze dann immer voll. Er glaube nicht, dass Liestal davon profitieren würde, eher wäre das Gegenteil der Fall. Dann kämen die geizigen Leute ins Stedtli.

Erika Eichenberger (GL) sagt, sie würde gerne wissen, ob die Motionäre die Idee der Grünen in ihren Vorstoss integrieren würden.

Bernhard Fröhlich (FDP) antwortet, er halte die Idee für gut und ziehe in Betracht, einen entsprechenden Zusatzantrag einzureichen.

Erika Eichenberger (GL) betont, es brauche ein Parkleitsystem. Mit dem Thema Suchverkehr beschäftige man sich schon lange. Sie bitte den Stadtrat, sich zu überlegen, wie er den Suchverkehr unterbinden und Auswärtige über die zur Verfügung stehenden Parkplätze informieren könne.

Stadtrat Ruedi Riesen legt dar, der Stadtrat sei bereit, das Anliegen in Form eines Postulats entgegenzunehmen. Die Problematik müsse man aufnehmen. Dass mehr Leute parkierten, wenn es eine gebührenfreie Stunde gebe, sei eine Behauptung. Fachleute würden das Gegenteil sagen. Eine adäquate Parkplatzbewirtschaftung verbessere den Fluss. Drei Unterbaselbieter Gemeinden hätten sich auf die Anregung von Fachleuten hin das Liestaler Reglement angeschaut. Liestal besitze ein Vorzeige-Reglement. Ein Parkleitsystem sei mit dem Kanton bereits abgesprochen. Betreffend Gratisparkstunde in Parkhäusern erinnere er an das Projekt Manor. Das Parkhaus Bücheli werde in zwei Jahren eventuell nicht mehr dort stehen. Wenn Manor dort ein doppelt so grosses Parkhaus baue, werde die Wirtschaftlichkeit des Parkhauses im Vordergrund stehen. Im Zentrum stünden 1700 Parkplätze zur Verfügung, 450 weitere brauche es. In der Kernzone seien vier neue Parkplätze entstanden. Das habe niemand zur Kenntnis genommen. Es mache aber keinen Sinn, da und dort einige Plätze mehr anzubieten, sondern es brauche konzentrierte Parkflächen. Im Übrigen solle man das Stedtli nicht immer mit den Einkaufszentren vergleichen. Das sei kein Kriterium. Man könne in der Rathausstrasse nicht deutlich mehr Parkplätze schaffen, sondern Liestal benötige Parkhäuser.

Astrid Basler (GL) sagt, sie sei nicht überzeugt davon, dass das geltende Parkierkonzept nicht kundengerecht sei. Seit mehr als zwanzig Jahren gebe es im Einwohnerrat Diskussionen rund ums Parkieren. Die Grüne Fraktion wünsche sich Flanierflächen im ganzen Stedtli. Die Gegenseite wolle auf jedem freien Platz Parkfelder erstellen. Zum Glück habe Liestal heute eine fussgängerfreundliche Begegnungszone und ein Parkierkonzept. Der Suchverkehr sei dadurch eingedämmt worden. Rund ums Stedtli seien in den vergangenen zwanzig Jahren Parkhäuser entstanden. Trotzdem könne man offenbar keine Parkplätze aufheben. Autofahrer würden oberirdische Parkflächen bevorzugen. Wichtig sei, dass Besucher ins Stedtli geführt würden. Für Kunden sei ein guter Branchenmix im Stedtli wichtig. Dafür werde man auch 50 Meter weit gehen. Auf stinkende Abgase, Hektik und Lärm solle man verzichten. Deshalb sage die Grüne Fraktion nein zu einer Stunde gebührenfreies Parkieren innerhalb des Stedtlis auf offenen Parkflächen. Dieses Angebot würde zu mehr Suchverkehr führen.

Matthias Zimmermann (SP) berichtet, er habe einige Jahre im Verkehrsbereich gearbeitet. Gratis-Parkplätze seien erfahrungsgemäss immer besetzt. Wenn die Parkplätze hingegen zu teuer wären, blieben zu viele leer. Es gebe eine subtile Mitte, bei der viele Leute gehen und viele kommen würden. Dies sei im Interesse der Geschäfte. Liestal befinde sich in dieser Mitte. Seine Fraktion wäre einverstanden mit der Überweisung, wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt würde.

Bernhard Fröhlich (FDP) gibt bekannt, Hanspeter Meyer und er blieben bei der Motion. Sie würden auch keinen Zusatzantrag betreffend Parkhäuser einbringen. Man müsse für die Restaurants und Geschäfte ein Zeichen setzen. Natürlich rette man damit das Stedtli nicht. Wenn man jedoch so denke, müsse man mit gar nichts anfangen. Sobald das Manor-Gebäude komme, werde man neue Lösungen diskutieren. Dann könne man die Erfahrungen der Wirte und Detailhändler einholen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) sagt, zum Thema Ambiance wolle er bemerken, dass bereits ein Exodus aus dem Stedtli stattfinde. Ein Geschäft werde schliessen. Es sei damit zu rechnen, dass es so weitergehe. Da habe man dann Ambiance.

Corinne Ruesch (GL) meint, wenn der Rat ja stimme, setze er zwei Zeichen, nämlich, dass er nicht auf Experten setzen wolle und dass es unattraktiv sei, Parkraum in Parkhäusern zu schaffen.

Jürg Holinger (GL) sagt, er frage sich, weshalb die Motionäre eine namentliche Abstimmung wünschten. Er vermute, dass gewisse Leute eine einfache Gleichung machen wollten: Wer für die Überweisung stimme, sei für das Gewerbe, und umgekehrt. So einfach sei es aber nicht. Seine Fraktion sei sich nicht sicher, ob die Gratisstunde etwas nützen würde, und sie befürchte, dass viele das Angebot missbrauchen würden.

Stadtrat Ruedi Riesen äussert, er sei enttäuscht darüber, dass Bernhard Fröhlich keinen Kompromiss eingehe und dem Stadtrat keine Möglichkeit gebe, das Problem auf breiter Ebene anzuschauen. Das rieche nach Populismus, Wahlkampf und Stimmenfang. Das Ladensterben hänge nicht von der Motion ab. Dies wäre eine sehr vereinfachende Sichtweise. Sachargumente könnten offenbar nicht akzeptiert werden, beispielsweise, dass andere Gemeinden das Liestaler Konzept kopieren würden. Als Postulat hätte man das Anliegen fachgerecht diskutieren können.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) fragt, ob Paul Finkbeiner bereit sei, das Postulat Nr. 2006/87 zurückzuziehen, falls die Motion überwiesen werde.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) antwortet, er sei dazu bereit.

Marie-Theres Beeler (GL) gibt zu bedenken, dass man kein Geschäft behandeln könne, das nicht traktandiert sei.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erwidert, es gehe in den beiden Vorstössen um den gleichen Inhalt. Das Postulat stehe der Motion im Weg.

Marie-Theres Beeler (GL) entgegnet, wenn ein Geschäft unterwegs sei, könne zum gleichen Thema nichts Neues kommen. Das Büro solle die Frage entscheiden.

Bernhard Fröhlich (FDP) meint, Marie-Theres Beeler habe Recht. Man könne das Postulat auf die nächste Traktandenliste setzen. Vielleicht tue eine Bedenkzeit gut.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) hält fest, die weitere Behandlung der Motion werde auf die nächste Sitzung vertagt.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) erinnert daran, sein hängiges Postulat ebenfalls zu traktandieren.

284 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

17. Fragestunde

1. Frage, Jürg Holinger (GL): Ist der Stadtrat bereit, im Sinne einer effizienten Raumnutzung das Sitzungszimmer des Stadtrats für Kommissionsitzungen zur Verfügung zu stellen, wenn die übrigen, der Kommissionsgrösse entsprechenden Räume besetzt sind?

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, grundsätzlich sei dieser historische Raum der Durchführung der Stadtrats- und Geschäftsleitungssitzungen vorbehalten. In letzter Konsequenz solle dieser Raum bzw. das Vorzimmer des Stadtratssaals auch als Raumreserve verfügbar gemacht werden.

2. Frage, Hanspeter Mohler (FDP): Ist die Aufrichtung des Bauerndenkmals vor der nun fertig erstellten Kaserne rechtzeitig vor der 175-Jahrfeier zur Gründung unseres Kantons gewährleistet?

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, mit dem Kanton sei vereinbart, dass nach der Fertigstellung des Kantinenwegs im April/Mai 2008 die Gestaltung des Kasernenvorplatzes mit der Integration des Bauerndenkmals erfolge.

3. Frage, Hans Brodbeck (FDP): Gespannt schaut die Bevölkerung auf den Countdown der Euro 08 Uhr am Bahnhof. Nur noch 143 Tage trennen uns vom Anpfiff. Wird das geplante Stadion beim Bad Bubendorf auch wie geplant gebaut? Konnten passende Sponsoren gefunden werden, um einen wirklich attraktiven und unterhaltsamen Betrieb sicherzustellen?

Stadtrat Lukas Ott berichtet, gemäss Auskünften der für Stadionbau und -betrieb verantwortlichen Baselland Promotion 2008 bzw. des stellvertretenden EURO-Delegierten sei der Stadionbau beschlossene Sache. Die noch offenen Fragen sollten demnächst verbindlich beantwortet werden können. Die Sponsorensuche sei immer noch im Gang, aber auf gutem Weg. Definitive Verträge hätten aufgrund der späten Freigabe durch die UEFA noch nicht abgeschlossen werden können. Die Veranstalter bzw. der noch einzusetzende Betreiber seien an einem attraktiven und unterhaltsamen Betrieb sehr interessiert. Der Ticketverkauf sei gut angelaufen und sei als sicheres Indiz für den Erfolg zu werten. Für weitere Auskünfte stehe Herr Christoph Buser von der Baselland Promotion 2008 gerne bereit.

4. Frage, Hans Brodbeck (FDP): Auf der Deponie Elbisgraben wurden vor rund zwei Jahren durch eine Spezialfirma aus Holland Tausende von Kubikmetern Abfälle und Schlacken ausgebuddelt, um das viele Metall zurückzugewinnen. Verantwortliche der Firma wiesen darauf hin, dass in unserer Region auffallend viel Metall über den Kehrichtsack entsorgt werde, was eigentlich nicht zulässig sei. Dabei handle es sich vorwiegend um Kleinteile, welche über den Kehricht entsorgt würden.

Die Metallsammlung in Liestal wird durch die Bevölkerung als nicht besonders attraktiv bezeichnet. Gemäss Abfallkalender 2008 entsorgt die Immark AG Metalle gratis. Die Firma befindet sich an der Unterfeldstrasse, schon fast in Frankendorf. Die Firma Buser AG befindet sich in der hintesten Ecke des Emma Herwegh-Platzes am Bahnhof. Bisher musste für die Rücknahme von Metallteilen bezahlt werden, gemäss Abfallkalender 08 ist dieser Dienst nun gratis. Es fehlt meiner Ansicht nach die Möglichkeit, kleine Teile wie Fasnachtsplaketten, Schlüssel, Nägel, Schrauben usw. auf einfache Art zu entsorgen. Es gilt auch hier: „Kleinvieh macht auch Mist“. Könnten Kleinabfälle aus Metall bei den Quartiersammelstellen in den Containern für Dosen entsorgt werden?

Stadträtin Marion Schafroth sagt, die Firma Sollberger AG, Balsthal, bewirtschafte die Dossensammelcontainer. Sie akzeptiere keine anderen Metallteile, da dies den weiteren Verarbeitungsprozess beeinträchtigen würde. Die korrekte Entsorgung von Metallteilen, unabhängig von deren Grösse, sei die Metallsammlung, die die Firmen Immark AG und Buser AG abdeckten.

5. Frage, Regina Vogt (FDP): Ich möchte den Stadtrat anfragen, ob eine Verbesserung der Begehrbarkeit im Bereich SBB-Unterführung - Treppe Seite Oristalstrasse - ernsthaft ins Auge gefasst werden kann. Die Treppe ist steil und für Eltern mit Kinderwagen nicht ideal. Eine Optimierung dieses Fussgänger-Abschnitts würde einen Standortvorteil für junge Familien bedeuten.

Stadtrat Ruedi Riesen teilt mit, das Problem sei seit Jahren bekannt. Nachhaltige Lösungen wären aufgrund der engen Platz- und der Grundeigentumsverhältnisse auf beiden Seiten der Oristalstrasse nur schwer zu realisieren, weil sie hohe Kosten bedeuten würden. Bevor 2009 die Lärmschutzwände gebaut würden, werde die Stadt das Problem gemeinsam mit den SBB anschauen.

6. Frage, Regina Vogt (FDP): Die Stadt Liestal hat sich Sauberkeit im öffentlichen Raum auf die Fahne geschrieben. Die Sauberkeit im Bahnhofareal - ich spreche jetzt den Samstagmorgen an - lässt allerdings zu wünschen übrig. Was gedenkt der Stadtrat in dieser Hinsicht zu unternehmen?

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, das eigene Personal könne an Samstagen nicht für Sauberkeit im Bahnhofbereich und im Stedtli sorgen. Deshalb sei vorgesehen, die Wochenendreinigung gesamthaft an Dritte zu vergeben. Im Budget 2008 sei ein entsprechender Betrag eingestellt (Konto 620.318.03).

7. Frage, Regina Vogt (FDP): Vor gut einem halben Jahr habe ich mit meiner Frage bezüglich Energie-Gewinnung im Biopower-Bereich zur konkreten Beteiligung angeregt. Wie ist der Stand der Dinge?

Stadträtin Marion Schafroth erläutert, bereits im September 2006 habe der Stadtrat die bestehenden Verträge für den Betrieb der Kompostierungsanlage, Standort Seltisberg, fristgerecht per Ende Dezember 2008 gekündigt. Der Stadtrat habe das weitere Vorgehen beschlossen: Ab 1.1.2009 werde das Grüngut Liestals bei der Biopower AG in Pratteln verwertet. Das Grüngut werde weiterhin ein Mal wöchentlich innerhalb von Liestal gesammelt, und die Abfallrechnung insgesamt solle ausgeglichen bleiben. Die vorgesehenen Schritte auf dem Weg zum Ziel seien: 1.) Die Erstellung eines Kundenprofils bis Ende Juni 2008, Auswertung im Juli. 2.) Die Betriebe würden bis Mitte August 2008 eine Stadtratsvorlage mit einem Vorschlag zum Gebührenmodell erarbeiten, gültig ab 1.1.2009. Im Falle von Gebührenänderungen sei eine Einwohnerratsvorlage für die Sitzung vom 24. September 2008 vorgesehen.

Die Grüngutbewirtschaftung sei, für sich alleine betrachtet, derzeit mit einem Defizit von ca. 20'000.- CHF/Jahr nicht kostendeckend bzw. werde innerhalb der Abfallkasse quersubventioniert. Diese Unterdeckung werde mit dem Wechsel zu Biopower zunehmen (Preis pro Tonne CHF 240.- anstatt aktuell CHF 210.-). Im Herbst 2008 werde zu entscheiden sein, ob diese Mehrkosten ebenfalls innerhalb der Abfallkasse quersubventioniert oder auf die Nutzer der Grünabfuhr überwält werden sollten.

8. Frage, Bernhard Fröhlich (FDP): Stimmt es, dass in der Primarschule nach einer Sportstunde mehrheitlich nicht geduscht wird? Sollte das stimmen, was sind die Gründe für die aus hygienischer Sicht fragwürdige Situation?

Stadtrat Lukas Ott antwortet, üblicherweise würden Kinder in der Primarschule - nicht nur in Liestal - nach der Turnstunde nicht duschen. Es gebe diesbezüglich weder vom Kanton noch von der Stadt Weisungen, da es sich nicht um ein grundsätzliches Problem handle. Eltern seien deswegen noch nie vorstellig geworden. In diesem Alter hätten Kinder mehr Mühe mit der Intimsphäre. Ausserdem würden die jüngeren Schülerinnen und Schüler beispielsweise fürs Haaretrocknen sehr lange brauchen. In der Sekundarstufe 1 sei Duschen eher üblich. Kinder der Primarschule würden schon vor Unterrichtsbeginn, in den Pausen oder über Mittag sehr intensiv spielen. Sie würden nicht nach jeder aktiven bzw. sportlichen Betätigung duschen, da sonst mehrmaliges Duschen am Tag angesagt wäre.

Zusatzfrage Bernhard Fröhlich (FDP): Offenbar wird auch auf der Sekundarstufe nicht immer geduscht. Ist das richtig?

Stadtrat Lukas Ott erwidert, er sei für diese Stufe nicht zuständig. Er gehe aber davon aus, dass auf der Sekundarstufe in der Regel nach dem Sportunterricht geduscht werde.

9. Frage, Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP): Gilt während der Euro 08 für Liestal auch die generelle 24-Stunden-Regelung für Restaurants, Bars usw. analog Basel, was heisst, dass keine einzelnen Bewilligungen eingeholt werden müssen?

Stadtrat Lukas Ott hält fest, der Kanton Baselland habe ständigen Gastwirtschaftsbetrieben für die Dauer der Euro 08 eine generelle Freinachtbewilligung bis 02.00 Uhr erteilt. Bei Reklamationen seien Einschränkungen möglich. Die Gemeinden seien für Gelegenheitswirtschaftsbewilligungen zuständig. Sie würden Freinachtsbewilligungen nach einer Beurteilung der örtlichen Verhältnisse erteilen. Die Stadt Liestal werde dem Umstand, dass sie sich im Gebiet der Host City Basel befinde, bei der Bewilligungserteilung Rechnung tragen. Es sei mit einer entsprechend grosszügigen Bewilligungspraxis zu rechnen.

10. Frage, Claudia Roche (SP): Gemäss Befehl des Verteidigungsministers Samuel Schmid wird auch die Kaserne in Liestal mit durchgeladener Waffe bewacht werden. Welche Möglichkeiten hat der Stadtrat, sich dagegen zu wehren, dass in lebhafter Passantenlage und nächster Nachbarschaft zu Schulen solche Waffen benützt werden könnten? Wird der Stadtrat alle Möglichkeiten ausschöpfen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin führt aus, in Bezug auf das in jüngerer Zeit brisante Thema des Wachtdiensts mit Kampfmunition und durchgeladener Waffe werde derzeit teilweise etwas emotional reagiert. Der Stadtrat sei froh, aufgrund der gestellten Frage folgende Klärungen anzubringen:

Der Schulkommandant von Liestal habe im Rahmen seiner Befugnisse entschieden, den Wachtdienst der Bedrohung anzupassen. Das bedeute, dass der Wachtdienst ohne Munition durchgeführt werde, zumal dieser in einer ersten Phase der Rekrutenschule überhaupt zuerst auszubilden sei und die baulichen Sicherheiten in der Kaserne auf dem neuesten Stand seien. Die Ausbildung werde aber gemäss den neuen Vorschriften stattfinden. Einer allfälligen Änderung dieser Situation würde zwingend ein Einbezug der Stadtbehörden vorausgehen. Der Stadtrat würde sich konsequent dafür einsetzen, dass entsprechende Entscheidungen das zivile Umfeld und insbesondere die Schulumgebung gebührend berücksichtigen würden.

Zusatzfrage Claudia Roche (SP): Die Regelung kann aufgeweicht werden. Wird sich der Stadtrat darum bemühen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin erwidert, selbstverständlich werde sich der Stadtrat darum bemühen. Entscheide müssten aufgrund des Umfelds gefällt werden. Es müssten Gründe dafür vorhanden sein. Die Kaserne stehe an einer belebten Strasse. Die Stadt könne guten Kontakt zu den entsprechenden Stellen pflegen, sei aber nur Bittstellerin.

11. Frage, Daniel Spinnler (FDP): Die Kurzzeitparkplätze am Bahnhof bei der Oristalbrücke, vis-à-vis von den Taxiständen, die vornehmlich zum raschen Abholen von Reisenden und für Einkäufe beim Coop Pronto benutzt werden, sind seit längerem mit einem Parkverbot belegt. Ich bitte den Stadtrat mitzuteilen, weshalb und wie lange dieses Parkverbot noch aufrechterhalten wird.

Stadtpräsidentin Regula Gysin legt dar, seit den Abbrucharbeiten für den Neubau der Basellandschaftlichen Kantonalbank könnten die SBB diese Parkplätze nicht mehr bewirtschaften. Deshalb stünden sie nicht mehr zur Verfügung. Die Kurzzeitparkplätze würden während der Bauzeit provisorisch auf dem Emma Herwegh-Platz und danach definitiv auf der Höhe des Emma Herwegh-Platzes entlang der Geleise eingerichtet.

Schluss der Sitzung: 20.50 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Margrit Siegrist

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon